



Bettina M. Wiesmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Bettina M. Wiesmann MdB und Sara Steinhardt (beide CDU): „Verständnis für die Sorgen der Eltern. Konzepte des Kultusministeriums für Regelunterricht nach den Sommerferien liegen vor, jetzt ist gute Kommunikation in der Umsetzung und zügiges Handeln aller Beteiligten, besonders seitens der Stadt Frankfurt, gefragt.“

Berlin/Frankfurt am Main, 09.07.2020

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 79552

Fax: +49 30 227 70554

Wahlkreisbüro

Kurt-Schumacher-Straße 30-32

60313 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 153 099 183

Bettina.wiesmann@bundestag.de

www.bmwiesmann.de

Die Frankfurter Bundestagsabgeordnete Bettina M. Wiesmann (CDU) fordert eine bessere Kommunikation zwischen Politik, Elternschaft und Schülern auf dem weiteren Weg zurück zum Regelunterricht und sieht nun vor allem die Stadt in der Pflicht. Sie äußerte Verständnis für die Elterndemonstrationen zum Ferienbeginn. „Die Bürgerinitiative ‚Familien in der Krise‘ hat die Herausforderung benannt: Viele Eltern und Schüler fühlen sich nicht mitgenommen, sie fordern mehr Klarheit. Wie genau soll es nach den Sommerferien weitergehen? Welche Lehren werden aus den Corona-Monaten gezogen, wie stellt sich Schule nach der Phase des Improvisierens auf die neue Normalität in der Pandemie ein?“ fasst Wiesmann die zentrale Fragestellung zusammen.

„Die CDU-geführte Landesregierung in Hessen hat mit Nachdruck und mit großem Pragmatismus dafür gesorgt, dass das Schulgeschehen kontinuierlich im Rahmen des Vertretbaren an die Entwicklung in der Pandemie angepasst werden konnte. Hinzu kommt nun der wie versprochen vor den Sommerferien vorgestellte 14-Punkte-Plan von Kultusminister Lorz“, hält Wiesmann fest. „Eltern wie Schüler haben sich immer wieder zu Wort gemeldet und auch den 14-Punkte-Plan mitgestalten können. Das ist aus meiner Sicht die größte Stärke des Konzepts“, so Wiesmann weiter. Auch Steinhardt betont: „Durch die Einrichtung einer ‚Konzeptgruppe Schuljahresbeginn 2020/2021‘ konnten Schulleiter, Mitarbeiter des Kultusministeriums, der Staatlichen Schulämter, Vertreter des Landeselternbeirats, der Landesschülervertretung, des Hauptpersonalrats der Lehrer und der Lehrkräfteakademie ihre wertvollen Erfahrungen während der Corona-bedingten Schließung der Schulen einbringen. Davon profitieren wir nun, denn Hessen konnte so sinnvolle Leitlinien für alle Schulen erarbeiten.“

Die vorübergehende Schließung der August-Jaspert-Schule in Bonames und anderer Frankfurter Schulen zeige, so Wiesmann weiter, dass die Pandemie keinesfalls besiegt sei. „Schulschließungen sind die ultima ratio -, aber leider weiterhin möglich. Daher werde ich mich insbesondere auf kommunaler Ebene dafür einsetzen, dass wir alles dafür tun, um sie zu vermeiden oder durch rasches Handeln zu begrenzen. Der 14-Punkte-Plan mit dem vorgesehenen Test-Konzept und dem Hygieneplan wird sehr dazu beitragen, die Situation stabil zu halten“, so Wiesmann.



Die Frankfurter Abgeordnete, die sowohl Mitglied des Familienausschusses als auch der Kinderkommission des Deutschen Bundestags ist, hatte kurz vor den Ferien hessische Schüler sowie weitere Interessierte zu einem Webex-Dialog mit Kultusminister Lorz, Stadt- und Landesschulsprecher Paul Harder, der Vorsitzenden des Frankfurter Stadteltererbeirates, Julia Frank und der Frankfurter Lehrerin Sara Steinhardt eingeladen. Zugeschaltet hatte sich außerdem der Landesschüler*innensprecher Berlins und Vorsitzende des Kinder- und Jugendparlamentes Charlottenburg-Wilmersdorf, Miguel Góngora.

„Das Format ist sehr gut bei den Beteiligten angekommen und hat gezeigt, wie hoch der Gesprächsbedarf gerade auch der Schüler als Hauptbetroffenen ist. Zahlreiche Hinweise, z.B. auf Schwächen bei der Nutzung digitaler Unterrichtsformate oder auf die Notwendigkeit, Rückstände im Rahmen der geplanten Ferienakademie 2020 bei allen Altersgruppen aufzuarbeiten, konnten direkt dem Minister vorgetragen, viele Sorgen auch gleich beantwortet werden“, bilanziert Wiesmann.

Auch beim Schulträger sei noch viel zu tun. „Der Bund hat vergangenes Jahr den 5 Mrd. schweren Digitalpakt Schule auf den Weg gebracht, weitere 500 Mio. wurden im Rahmen des ‚Sofortprogramm Endgeräte‘ den Ländern zur Verfügung gestellt. Diese Mittel müssen jetzt mit Hochdruck verteilt, durch die Schulträger abgerufen und vor Ort eingesetzt werden, hier sehe ich in Frankfurt noch Luft nach oben. Einmal an den Schulen angekommen, ist die Ausstattung auch dann erst ein Teil des Weges, denn auch das Lehrpersonal muss behutsam an ein völlig neues Lehrumfeld herangeführt werden. Gerade die unmittelbare Rückmeldung der Schüler gibt einen erheblichen Aufschluss darüber, wo die Schulen innerhalb der vom Land vorgegebenen Rahmenbedingungen nachziehen müssen. Mit Beginn des Schuljahres sollte dieser Austausch unbedingt fortgesetzt werden, um die Umsetzung zeitnah zu begleiten und vor Ort nachsteuern zu können“, unterstreicht Wiesmann.

Auch Steinhardt, die den Fachausschuss Bildung der Frankfurter CDU leitet, unterstreicht die Bedeutung der Lehrerfortbildung und der Schulausstattung für einen gelingenden (Fern-)Unterricht: „Frankfurt hat jahrelang beim Ausbau von WLAN und der digitalen Ausstattung der Schulen geschlafen. Dies ist uns in diesem Schulhalbjahr während der Schulschließungen an vielen Stellen auf die Füße gefallen. Das Land bietet dankenswerterweise nun schneller als geplant das hessische Schulportal für alle Schulen an, doch nützt dies nichts, wenn Schüler keine Endgeräte zuhause zur Verfügung haben oder Lehrer keinen adäquat ausgestatteten Arbeitsplatz in der Schule vorfinden, von dem aus sie mit den Schülern auf die Angebote des Schulportals zugreifen können. Daher muss die Stadt als Schulträger hier schnellstmöglich nachbessern. Auch müssen schnelle Internetanbindungen an allen Frankfurter Schulen zum Standard



werden, damit die Lehrkräfte digitales Wissen im Unterricht vermitteln können“, so Steinhardt.

„Mit dem 14-Punkte-Plan für den Schulstart 2020/2021, den das Kultusministerium vorgelegt hat, wurde eine hervorragende Grundlage geschaffen. Erst die Zeit nach den Ferien, die Schulpraxis selbst, wird verlässlich aufzeigen, wo noch nachjustiert werden muss. Dann wird es auf eine offene und ehrliche Kommunikation zwischen allen Beteiligten, Schüler, Lehrpersonal, Schulen, Stadt und Land ankommen. Nur so können wir unsere Schulen krisenfest machen“, erklärt Wiesmann abschließend.